

Gesetz
über den Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft
(Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG)

Vom 31. Januar 1979 *)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (Amtsbl. S. 346, ber. S. 482), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 5. Februar 1997 (Amtsbl. S. 258).

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- § 2 Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- § 3 Allgemeine Verpflichtung zum Schutz der Natur
- § 4 Betreten der freien Landschaft
- § 5 Freier Zugang zu den Gewässern
- § 6 Bereitstellung von Grundstücken

Zweiter Abschnitt

Landschaftsplanung

- § 7 Landschaftsprogramm und Landschaftsrahmenpläne
- § 8 Landschaftspläne
- § 9 Grünordnung

Dritter Abschnitt

Sicherung und Gestaltung der Landschaft

- § 10 Eingriffe in Natur und Landschaft
- § 11 Unzulässigkeit und Ausgleich von Eingriffen
- § 12 Verfahren bei Eingriffen im allgemeinen
- § 13 Verfahren bei Eingriffen durch Behörden
- § 14 Verfahren bei Beteiligung von Behörden des Bundes
- § 15 Gewässer

Vierter Abschnitt

Schutz, Pflege und Entwicklung bestimmter Teile von Natur und Landschaft

- § 16 Naturparks
- § 17 Naturschutzgebiete
- § 18 Landschaftsschutzgebiete
- § 19 Geschützte Landschaftsbestandteile
- § 20 Naturdenkmäler

*) Amtsbl. S. 147. - Geändert durch Gesetz Nr. 1212 vom 8. April 1987 (Amtsbl. S. 569), Gesetz Nr. 1299 vom 11. November 1992 (Amtsbl. S. 1262), Art. 10 §§ 1 und 4 Abs. 41 des Gesetzes Nr. 1381 vom 23. November 1996 (Amtsbl. S. 1313) und Art. 7 Abs. 16 des Gesetzes Nr. 1383 vom 5. Februar 1993 (Amtsbl. S. 258).

- § 21 Einstweilige Sicherstellung
- § 22 Kennzeichnung und Schutz der Kennzeichnung und Bezeichnung

Fünfter Abschnitt

Schutz und Pflege von Pflanzen und Tieren

- § 23 Artenschutz
- § 24 Allgemeiner Schutz der Pflanzen und Tiere
- § 25 Schutz bestimmter Biotope
- § 26 Besondere Schutzvorschriften
- § 27 Tiergehege

Sechster Abschnitt

Organisation, Zuständigkeiten, Verfahren

- § 28 Naturschutzbehörden
- § 29 Beauftragte für Naturschutz
- § 30 Beiräte für Naturschutz
- § 31 Förmliches Verfahren vor Erlass von Rechtsverordnungen
- § 32 Mitteilungs- und Zustellungsverfahren
- § 33 Rechtsbehelfe von Verbänden

Siebenter Abschnitt

Anwendung des Gesetzes in besonderen Fällen, Befreiungen, besondere Verpflichtungen der Eigentümer und sonstigen Nutzungsberechtigten

- § 34 Anwendung des Gesetzes in besonderen Fällen, Befreiungen
- § 35 Duldungspflicht, Untersuchungen auf Grundstücken

Achter Abschnitt

Vorkaufsrecht, Entschädigung

- § 36 Vorkaufsrecht
- § 37 Entschädigung

Neunter Abschnitt

Bußgeldbestimmungen

- § 38 Ordnungswidrigkeiten
- § 39 Einziehungen

Zehnter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

- § 40 Grundrechtseinschränkung
- § 41 Aufhebung und Fortgeltung von Rechtsvorschriften
- § 42 Inkrafttreten

Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften

§ 1 Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege

- (1) Natur und Landschaft sind innerhalb und außerhalb der besiedelten Bereiche so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, daß
1. die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere die Ökosysteme in ihrer typischen Struktur und Vielfalt,
 2. die Tier- und Pflanzenarten in ihrer genetischen Vielfalt, ihrer natürlichen Häufigkeit und in ihrer natürlichen ökologischen Verbreitung,
 3. die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter,
 4. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Kulturlandschaft nachhaltig und dauerhaft gesichert sind.
- (2) Die sich aus Absatz 1 ergebenden Anforderungen sind untereinander und gegen die sonstigen Anforderungen der Allgemeinheit an Natur und Landschaft abzuwägen.
- (3) Der im Sinne dieses Gesetzes ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft kommt für die Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft eine zentrale Bedeutung zu.

§ 2 Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind insbesondere nach Maßgabe folgender Grundsätze zu verwirklichen, soweit es im Einzelfall zur Verwirklichung erforderlich, möglich und unter Abwägung aller Anforderungen nach § 1 Abs. 2 angemessen ist.

1. Die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes ist zu erhalten und zu verbessern; Beeinträchtigungen sind zu unterlassen oder auszugleichen.
2. Unbebaute Bereiche sind als Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzung der Naturgüter und für die Erholung in Natur und Landschaft insgesamt und auch im einzelnen in für ihre Funktionsfähigkeit genügender Größe zu erhalten. In besiedelten Bereichen sind Teile von Natur und Landschaft, auch begrünte Flächen und deren Bestände, in besonderem Maße zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln.
3. Die Naturgüter sind, soweit sie sich nicht erneuern, sparsam zu nutzen; der Verbrauch der sich erneuernden Naturgüter ist so zu steuern, daß sie nachhaltig zur Verfügung stehen.
4. Boden ist zu erhalten; ein Verlust seiner natürlichen Fruchtbarkeit ist zu vermeiden.
5. Beim Abbau von Bodenschätzen ist die Vernichtung wertvoller Landschaftsteile oder Landschaftsbestandteile zu vermeiden; dauernde Schäden des Naturhaushaltes sind zu verhüten. Unvermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch die Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen und durch Aufschüttung sind durch Rekultivierung oder naturnahe Gestaltung auszugleichen.
6. Wasserflächen sind auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erhalten und zu vermehren; Gewässer sind vor Verun-

reinigungen zu schützen, ihre natürliche Selbstreinigungskraft ist zu erhalten oder wiederherzustellen; nach Möglichkeit ist ein rein technischer Ausbau von Gewässern zu vermeiden und durch biologische Wasserbaumaßnahmen zu ersetzen.

7. Luftverunreinigungen und Lärmeinwirkungen sind auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege gering zu halten.
8. Beeinträchtigungen des Klimas, insbesondere des örtlichen Klimas, sind zu vermeiden, unvermeidbare Beeinträchtigungen sind auch durch landschaftspflegerische Maßnahmen auszugleichen oder zu mindern.
9. Die Vegetation ist im Rahmen einer ordnungsgemäßen Nutzung zu sichern, dies gilt insbesondere für Wald, sonstige geschlossene Pflanzendecken und die Ufervegetation; unbebaute Flächen, deren Pflanzendecke beseitigt worden ist, sind wieder standortgerecht zu begrünen.
10. Die wildlebenden Tiere und Pflanzen und ihre Lebensgemeinschaften sind als Teil des Naturhaushaltes in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen. Ihre Lebensstätten und Lebensräume (Biotope) sowie ihre sonstigen Lebensbedingungen sind zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und wiederherzustellen.
11. Für Naherholung, Ferienerholung und sonstige Freizeitgestaltung sind in ausreichendem Maße nach ihrer natürlichen Beschaffenheit und Lage geeignete Flächen zu erschließen, zweckentsprechend zu gestalten und zu erhalten.
12. Der Zugang zu Landschaftsteilen, die sich nach ihrer Beschaffenheit für die Erholung der Bevölkerung besonders eignen, ist zu erleichtern.
13. Historische Kulturlandschaften und -landschaftsteile von besonders charakteristischer Eigenart sind zu erhalten. Dies gilt auch für die Umgebung geschützter oder schützenswerter Kultur-, Bau- und Bodendenkmäler, sofern dies für die Erhaltung der Eigenart oder Schönheit des Denkmals erforderlich ist.
14. Der Naturhaushalt ist nach wissenschaftlichen Grundsätzen als Grundlage für eine sachgerechte Entwicklung der Landschaft zu erfassen und zu bewerten.
15. In Gebieten intensiver Bodennutzung ist zur Stützung des Naturhaushaltes eine Minderung der Belastung durch Aufbau eines ökologischen Ausgleichsflächensystems anzustreben.
16. Die Wiederherstellung eines menschengerechten, ökologischen Gleichgewichtes in überlasteten Räumen ist anzustreben.
17. Das allgemeine Verständnis für den Gedanken des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist zu fördern.
18. Die Bebauung soll sich dem natürlich geprägten Landschaftscharakter anpassen. Trassen für Verkehrswege und Verb- und Entsorgungsleitungen sind landschaftsschonend zu führen und landschaftsgerecht zu gestalten. Flächenzerstückelungen und Verinselungen sind möglichst zu vermeiden.
19. Landschaftsteile, die sich durch ihre Schönheit, Eigenart, Seltenheit oder ihren Erholungswert auszeichnen oder für einen ausgewogenen Naturhaushalt erforderlich sind, sollen von einer Bebauung freigehalten werden.
20. Grünflächen und Grünbestände sind im Siedlungsbereich weitgehend zu erhalten; Grünbereiche sollen Wohn- und Gewerbebereichen zweckmäßig zugeordnet werden.

21. Die natürlichen Oberflächenformen sind zu erhalten. Unvermeidbare Veränderungen des natürlichen Reliefs, auch des Kleinreliefs, sind durch landschaftsgerechte Neugestaltungen auszugleichen.
22. Die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sind zu gewährleisten.

§ 3 Allgemeine Verpflichtung zum Schutz der Natur

(1) Jeder hat sich so zu verhalten, daß Natur und Landschaft vor Schäden bewahrt werden. Insbesondere

1. sind zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft auf das nachweisbar notwendige Maß zu beschränken,
2. sind Natur und Landschaft nicht zu verunreinigen oder zu verunstalten,
3. ist die naturbezogene und naturverträgliche Erholung nicht zu beeinträchtigen.

(2) Das Land, die Gemeindeverbände, die Gemeinden und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie privatrechtliche Unternehmen, an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts mit mehr als 50 v. H. beteiligt sind, sind verpflichtet, in ihrem Eigentum oder Besitz befindliche Grundstücke im Sinne der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege unter Berücksichtigung der jeweiligen Zweckbestimmung des Grundstückes zu bewirtschaften. Ökologisch besonders wertvolle Grundstücke, insbesondere Grundstücke im Sinne von § 25, sollen vorrangig Naturschutzzwecken dienen.

(3) Zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Verpflichtungen durch die Land- und Forstwirtschaft sind die Regeln ordnungsgemäßer Land- und Forstwirtschaft anzuwenden, insbesondere

1. ist der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln unter vorrangiger Berücksichtigung biologischer, biotechnischer, pflanzenzüchterischer sowie anbau- und kulturtechnischer Maßnahmen auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken,
2. ist die Düngung nach Art, Menge, Zeitpunkt und Standort auf den Bedarf der Pflanzen unter Berücksichtigung der verfügbaren Nährstoffe im Boden auszurichten,
3. sind natürliche und naturnahe Biotop- und Landschaftselemente vor Beeinträchtigungen zu schützen,
4. sollen Bodenerosionen und Bodenverdichtungen durch einen den natürlichen Standortbedingungen angepaßten Pflanzenbau - einschließlich der dazu erforderlichen Bödenbearbeitung - vermieden werden.

§ 4 Betreten der freien Landschaft

(1) Das Betreten der freien Landschaft zum Zwecke der naturbezogenen und naturverträglichen Erholung ist jedermann auf eigene Gefahr gestattet. Landwirtschaftlich genutzte Flächen (einschließlich Sonderkulturen) dürfen während der Nutzungszeit nur auf vorhandenen Wegen betreten werden; als Nutzungszeit gilt die Zeit zwischen Bestellung, Aufwuchs und Ernte.

Zum Betreten gehören auch das Spielen und ähnliche Betätigungen in der freien Landschaft, soweit sie nicht mit dem Einsatz von Motorkraft verbunden sind. Betre-

ten in Form von Reiten, Radfahren, Ski- und Schlittenfahren darf im Wald nur auf Wegen stattfinden.

Die oberste Naturschutzbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere über das Betreten, insbesondere über Art und Umfang von Einschränkungen, zu regeln.

Das Betreten kann aus wichtigen Gründen, insbesondere aus solchen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zum Schutz der Erholungssuchenden, zur Vermeidung erheblicher Schäden oder zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der Grundstücksbesitzer von der unteren Naturschutzbehörde im Benehmen mit der Gemeinde eingeschränkt oder untersagt werden.

(2) Vorhaben und Einrichtungen, die dazu bestimmt oder geeignet sind, den Zugang zur freien Landschaft erheblich oder nachhaltig einzuschränken oder die naturbezogene, naturverträgliche Erholung auf andere Weise erheblich oder nachhaltig zu beeinträchtigen, bedürfen der Genehmigung der Naturschutzbehörde, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine behördliche Zulassung vorgeschrieben ist. In diesem Fall entscheidet die hierfür zuständige Behörde im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Belange der naturbezogenen, naturverträglichen Erholung suchenden Bevölkerung den mit dem Vorhaben oder der Einrichtung verfolgten Interessen im Range vorgehen.

Die Vorschriften dieses Absatzes gelten nicht für Einfriedungen, die einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienen. Diese Einfriedungen sind zu entfernen, sobald sie ihren Schutzzweck erfüllt haben.

(3) Bei der Ausübung des Betretungsrechtes dürfen bewegliche Sachen in der freien Landschaft außerhalb der dafür vorgesehenen Einrichtungen nicht zurückgelassen werden.

§ 5 Freier Zugang zu den Gewässern

(1) Der Zugang zu den Gewässern durch Uferwege wird in dem für die naturbezogene und naturverträgliche Erholung der Bevölkerung erforderlichen Umfang in den Landschaftsrahmenplänen und den Landschaftsplänen ausgewiesen; Anlage, Ausbau und Unterhaltung der Uferwege obliegen den Gemeinden, soweit nicht andere rechtlich verpflichtet sind, diese Aufgaben wahrzunehmen. Bestehende Uferwege sind offen zu halten, soweit nicht übergeordnete Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen.

(2) Von der Uferlinie eines Gewässers sollen in einem Abstand von 10 m keine baulichen Anlagen errichtet werden. Die Errichtung und Erweiterung standortgebundener Anlagen (z. B. Hafenanlagen, Wasserkraftwerke, Brücken, Bootshäuser, Badeanlagen, Anlegestellen und ähnliche Bauten, übertägige Gewinnung oberflächennaher mineralischer Rohstoffe nebst dazugehörigen Betriebseinrichtungen und Lagerflächen) ist hiervon, nach Maßgabe anderer Rechtsvorschriften, ausgenommen.

§ 6 Bereitstellung von Grundstücken

Bund, Land, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Gebietskörperschaften stellen in ihrem Eigentum oder Besitz stehende Grundstücke, die sich nach ihrer Beschaffenheit für die Erholung der Bevölkerung eignen, insbesondere

1. Ufergrundstücke,
2. Grundstücke mit schönen Landschaftsbestandteilen,
3. Grundstücke, über die sich der Zugang zu nicht oder nicht ausreichend zugänglichen Wäldern und Seen ermöglichen läßt,

in angemessenem Umfang für die Erholung bereit, es sei denn, daß dies mit der öffentlichen Zweckbindung der Grundstücke unvereinbar ist.

Zweiter Abschnitt Landschaftsplanung

§ 7 Landschaftsprogramm und Landschaftsrahmenpläne

(1) Die überörtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind unter Beachtung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung und der Landesplanung für das gesamte Land in einem Landschaftsprogramm und in Landschaftsrahmenplänen darzustellen.

(2) Das Landschaftsprogramm enthält die Zielsetzungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die weitere Entwicklung von Natur und Landschaft des gesamten Landes. Es ist die Grundlage für die Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne. Die Landschaftsrahmenpläne enthalten in Text, Karte und Begründung für die einzelnen Teile des Landes die Zielsetzungen für die weitere Entwicklung von Natur und Landschaft auf ökologischer Grundlage sowie die Grundzüge der überörtlichen Maßnahmen für deren Verwirklichung.

(3) Die Landschaftsrahmenpläne werden von der obersten Naturschutzbehörde unter Mitwirkung der beteiligten Landesministerien und nach Anhörung des Landesplanungsbeirates sowie der weiteren betroffenen öffentlichen Planungsträger vorbereitet und aufgestellt sowie bei Bedarf fortgeschrieben.

(4) Bei der Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne wirken die Gemeinden und Gemeindeverbände mit, soweit die Pläne für ihre Entwicklung von Bedeutung sind. Sie sind möglichst frühzeitig in die Erarbeitung der Pläne einzuschalten.

(5) Die Landschaftsrahmenpläne werden im Amtsblatt des Saarlandes bekanntgemacht. Die zu den Plänen gehörenden Zeichnungen sind bei der obersten Naturschutzbehörde niederzulegen; in der Bekanntmachung ist hierauf hinzuweisen. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für Fortschreibungen.

(6) Die Landschaftsrahmenpläne sind Fachpläne. Sie sind unter Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in die Landesentwicklungspläne zu übernehmen, soweit sie hierfür geeignet sind.

§ 8 Landschaftspläne

(1) Die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind in Landschaftsplänen mit Text und Karte darzustellen. Dem Landschaftsplan ist eine Begründung beizufügen.

(2) Landschaftspläne sind von den Gemeinden für das gesamte Gebiet aufzustellen, sobald und soweit es aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege

1) Vgl. § 211 KSVG - BS-Nr. 2020-1.

erforderlich ist. Für das Gebiet des Stadtverbandes Saarbrücken stellt der Planungsrat des Stadtverbandes den Landschaftsplan auf; die Vorschriften des Teils C., Zweiter Teil, III. Abschnitt ¹⁾ des Kommunalselfstverwaltungsgesetzes über Zuständigkeit und Verfahren für die Aufstellung des Flächennutzungsplanes gelten sinngemäß. Der Landschaftsplan enthält Darstellungen

1. des vorhandenen Zustandes von Natur und Landschaft und seine Bewertung nach den in den §§ 1 und 2 festgelegten Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege,
 2. des angestrebten Zustandes von Natur und Landschaft und der vorgesehenen Maßnahmen, mit Lösungsvorschlägen zur Konfliktminimierung bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen,
 3. der Erfordernisse und Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Biotopverbundsystemen,
 4. der Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege wildwachsender Pflanzen- und wildlebender Tierarten.
- (3) Darzustellen sind insbesondere
1. Flächen, die nachhaltigen Veränderungen unterworfen sind,
 2. vorhandene oder absehbare Landschaftsschäden,
 3. bestehende oder vorgesehene Erholungsgebiete,
 4. Grünbestände und Freiflächen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und zur Sicherung der Erholungsfunktion.
- (4) Bei der Aufstellung der Landschaftspläne sind die Ziele der Raumordnung und der Landesplanung zu beachten.
- (5) Die Landschaftspläne benachbarter Gemeinden sind aufeinander abzustimmen.
- (6) Die Darstellungen und Festlegungen der Landschaftspläne sind unter Abwägung mit anderen zu berücksichtigenden Belangen in die Flächennutzungspläne und ihre Fortschreibungen aufzunehmen.
- (7) Für das Verfahren zur Aufstellung und Genehmigung der Landschaftspläne gelten die Vorschriften des Baugesetzbuches für die Flächennutzungsplanung entsprechend.
- (8) Die Landschaftspläne bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde. Die Erteilung der Genehmigung ist ortsüblich bekanntzumachen. Mit der Bekanntmachung wird der Landschaftsplan wirksam.
- (9) Die oberste Naturschutzbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen über die Darstellung des Inhaltes der Landschaftspläne, insbesondere über die zu verwendenden Planzeichen und ihre Bedeutung, zu erlassen.

§ 9 Grünordnung

- (1) Die detaillierten Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Grünordnung) sind von den Gemeinden als Bestandteil der Bebauungspläne festzusetzen.

(2) Die Grünordnung soll insbesondere Festsetzungen über Zustand, Funktion, Ausstattung und Entwicklung der Frei- und Grünflächen sowie die erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Verlust solcher Flächen infolge baulicher oder sonstiger Nutzung enthalten.

Dritter Abschnitt Sicherung und Gestaltung der Landschaft

§ 10 Eingriffe in Natur und Landschaft

(1) Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne dieses Gesetzes sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können.

(2) Als Eingriffe gelten insbesondere:

1. die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen und anderen Bodenbestandteilen oder deren Abbau,
2. selbständige Abgrabungen oder Aufschüttungen im Außenbereich ab 2 m Tiefe oder Höhe und auf einer Grundfläche von mehr als 50 m²,
3. die Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von Anlagen, die einem Planfeststellungsverfahren unterliegen, auch wenn in den sie regelnden Rechtsvorschriften im Einzelfall von der Durchführung abgesehen werden kann,
4. im Außenbereich die Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von Straßen, befestigten Wegen und Plätzen, Gleisanlagen, Sport-, Freizeit- und Parkanlagen, Flugplätzen, Liften, Gärten, Friedhöfen, Gebäuden, Einfriedungen, Einzäunungen und sonstigen baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung ²⁾,
5. der Bau, das oberirdische Verlegen oder wesentliche Ändern von Ver- oder Entsorgungsleitungen im Außenbereich,
6. der Ausbau (Herstellung, Beseitigung, wesentliche Umgestaltung und Verrohrung) von Gewässern,
7. das Roden und die Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart sowie die Erstaufforstung von besonders schutzwürdigen Biotopen und von Talauen,
8. die dauerhafte Beseitigung von Hecken, Gehölz- und Streuobstbeständen in der freien Landschaft,
9. Vorhaben und Maßnahmen in schutzwürdigen Biotopen gemäß § 25 Abs. 1,
10. die Umwandlung (Umbruch oder sonstige Beseitigung) von Dauergrünland in natürlichen Überschwemmungsgebieten und auf erosionsgefährdeten Flächen zum Zwecke der Nutzungsänderung,
11. das Abstellen von Wohnwagen und Mobilheimen im Außenbereich.

Bei Eingriffen ist der Grenzabstand zu Waldrändern und Schutzgebieten nach den §§ 17, 19, 20 und 25 so weit zu halten, daß deren typischer Tier- und Pflanzenbestand erhalten bleibt.

2) LBO vgl. BS-Nr. 2130-1.

- (3) Die im Sinne dieses Gesetzes ordnungsgemäße land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung ist nicht als Eingriff in Natur und Landschaft anzusehen.

§ 11 Unzulässigkeit und Ausgleich von Eingriffen

- (1) Der Verursacher eines Eingriffs ist verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen innerhalb einer von der zuständigen Behörde zu bestimmenden Frist durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen.

Ausgeglichen ist ein Eingriff, wenn nach seiner Beendigung keine erhebliche oder nachhaltige Beeinträchtigung des Naturhaushaltes zurückbleibt und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist.

- (2) Ein Eingriff ist unzulässig, wenn Beeinträchtigungen nicht ausgeglichen werden können und die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei Abwägung aller Anforderungen an Natur und Landschaft im Range vorgehen.

- (3) Ist ein Eingriff nicht ausgleichbar und gehen die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach Abwägung gemäß Absatz 2 im Range nicht vor, so ist der Verursacher des Eingriffs verpflichtet, Ersatzmaßnahmen durchzuführen.

Ersatzmaßnahmen sind Maßnahmen zur Verbesserung des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes, die geeignet sind, die durch den Eingriff gestörten Funktionen und Werte des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes an anderer Stelle auszugleichen.

- (4) Soweit Ersatzmaßnahmen nicht möglich sind, ist eine Ausgleichsabgabe an die oberste Naturschutzbehörde zu entrichten. Die Ausgleichsabgabe wird mit der Gestattung des Eingriffs zumindest dem Grunde nach festgesetzt. Die Abgabe ist für die Finanzierung von Maßnahmen zweckgebunden, die der Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege dienen; Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (§ 1) haben Vorrang.

- (5) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ³⁾ die Höhe der Ausgleichsabgabe und das Verfahren zu ihrer Erhebung zu regeln.

Die Höhe ist nach Dauer und Schwere des Eingriffs zu bemessen. Die Schwere des Eingriffs ist bei der Berechnung der Ausgleichsabgabe insbesondere anhand der beanspruchten Fläche, ihrer Wertigkeit oder der Menge des entnommenen Materials zu berücksichtigen.

- (6) Für die Erfüllung der Ausgleichspflicht haften Verursacher und Rechtsnachfolger als Gesamtschuldner.

§ 12 Verfahren bei Eingriffen im allgemeinen

- (1) Bedarf ein Eingriff nach anderen Rechtsvorschriften einer behördlichen Zulassung (Bewilligung, Erlaubnis, Genehmigung, Zustimmung, Planfeststellung, Befreiung, Anzeige oder sonstigen Entscheidung), so hat die hierfür zuständige Behörde zugleich die zur Durchführung des § 11 Abs. 1 bis 4 erforderlichen Entscheidungen im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde zu treffen.

3) Vgl. BS-Nr. 791-14-5.

Einer Herstellung des Einvernehmens bedarf es nicht bei Entscheidungen auf Grund von Bebauungsplänen.

(2) Handelt es sich bei dem Eingriff um ein Vorhaben, das nach § 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt, so muß das Verfahren, in dem Entscheidungen nach § 11 Abs. 1 bis 4 getroffen werden, den Anforderungen des genannten Gesetzes entsprechen.

(3) Alle übrigen Eingriffe bedürfen der Genehmigung der Naturschutzbehörde, die auch die nach § 11 Abs. 1 bis 4 erforderlichen Entscheidungen trifft. Der Antrag auf Genehmigung ist schriftlich bei der Naturschutzbehörde zu stellen.

Die Naturschutzbehörde kann verlangen, daß ein entsprechender Antrag in einer angemessenen Frist gestellt wird.

(4) Bei einem Eingriff in Natur und Landschaft, der aufgrund eines nach öffentlichem Recht vorgesehenen Fachplanes vorgenommen werden soll, hat der Planungsträger im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde in Text und Karte im Fachplan oder in einem landschaftspflegerischen Begleitplan, der Bestandteil des Fachplanes ist, alle Angaben zu machen, die zur Beurteilung des Eingriffs erforderlich sind.

Erforderlich sind insbesondere:

1. die Darstellung und Bewertung der ökologischen und landschaftsbildlichen Gegebenheiten vor Beginn des Eingriffs unter besonderer Berücksichtigung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach §§ 1 und 2,
2. die Prüfung der Vermeidbarkeit des Eingriffs,
3. die Darstellung von Art, Umfang und zeitlichem Ablauf des Eingriffs,
4. die Darstellung der Beeinträchtigung des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes,
5. die Darstellung von Art, Umfang und zeitlichem Ablauf der erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Bei anderen Eingriffen kann die zuständige Behörde einen landschaftspflegerischen Begleitplan verlangen, soweit es wegen des Umfanges oder der Schwere des Eingriffs erforderlich ist.

(5) Soweit ein Eingriff in zeitlich und räumlich getrennten Abschnitten durchgeführt wird, sollen bei der Zulassung des Eingriffs Regelungen über die zeitliche und räumliche Abfolge von Ausgleichsmaßnahmen für Teilabschnitte getroffen werden.

(6) Soweit in anderen Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist, erlischt die behördliche Zulassung oder Genehmigung eines Eingriffs, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Zustellung mit der Ausführung wesentlicher Eingriffsmaßnahmen nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist. Die Einlegung eines Rechtsbehelfes hemmt den Lauf der Frist bis zur Unanfechtbarkeit der Zulassung oder Genehmigung. Jede Frist kann auf schriftlichen Antrag von der zuständigen Behörde, im Falle des Absatzes 1 im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde, jeweils bis zu einem Jahr, längstens jedoch drei Jahre, verlängert werden. Die Frist kann rückwirkend verlängert werden, wenn der Antrag vor Fristablauf bei der zuständigen Behörde eingegangen ist.

(7) Wird ein Eingriff ohne die erforderliche Zulassung nach Absatz 1 oder Genehmigung nach Absatz 3 vorgenommen oder erlischt eine Zulassung bzw. Genehmigung nach Absatz 6, so kann die zuständige Behörde die Fortsetzung des Eingriffs untersagen, die Wiederherstellung des früheren Zustandes anordnen sowie unter den Voraussetzungen des § 11 Abs. 1 bis 4 Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen oder eine Ausgleichsabgabe festsetzen, soweit nicht auf andere Weise ein rechtmäßiger Zustand wiederhergestellt werden kann. Ist zur Wiederherstellung des früheren Zustandes ausschließlich die Beseitigung baulicher Anlagen erforderlich, so wird die Beseitigungsanordnung von der unteren Naturschutzbehörde erlassen, wenn dieser auf schriftliche Anfrage von der zuständigen Bauaufsichtsbehörde mitgeteilt wird, daß sie nicht eingreift.

(8) Zur Gewährleistung der Durchführung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kann eine Sicherheitsleistung verlangt werden; §§ 232 und 234 bis 240 des Bürgerlichen Gesetzbuches finden Anwendung. An Stelle der Sicherheitsleistung kann die Zulassung nach Absatz 1 oder die Genehmigung nach Absatz 3 von der vorherigen Durchführung landschaftspflegerischer Maßnahmen abhängig gemacht werden.

(9) Die Beendigung eines Eingriffs sowie der Abschluß von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind der zuständigen Behörde anzuzeigen.

§ 13 Verfahren bei Eingriffen durch Behörden

Bei Eingriffen in Natur und Landschaft durch eine Behörde, denen keine Entscheidung nach § 12 Abs. 1, 3 und 4 vorausgeht, gelten die §§ 11 und 12 entsprechend.

§ 14 Verfahren bei Beteiligung von Behörden des Bundes

Soll bei Eingriffen in Natur und Landschaft, denen Entscheidungen von Behörden des Bundes vorausgehen oder die von Behörden des Bundes durchgeführt werden, von der Stellungnahme der Naturschutzbehörde abgewichen werden, so entscheidet hierüber die fachlich zuständige Behörde des Bundes im Benehmen mit der obersten Naturschutzbehörde, soweit nicht in Rechtsvorschriften des Bundes eine weitergehende Form der Beteiligung vorgeschrieben ist.

§ 15 Gewässer

(1) Bei wasserwirtschaftlichen Planungen oder Maßnahmen, mit denen Eingriffe in Natur und Landschaft verbunden sind, ist auf die Erhaltung des biologischen Gleichgewichtes der Gewässer, auf eine naturnahe und landschaftsgerechte Ufer-, Sohlen- und Dammgestaltung und auf die Verbesserung der Lebensmöglichkeiten für eine standort- und naturraumtypische Tier- und Pflanzenwelt hinzuwirken.

(2) Gewässer sind so zu unterhalten, daß ein naturraumtypischer Tier- und Pflanzenbestand erhalten bleibt oder sich neu entwickeln kann. Nicht naturnah ausgebauten Gewässer sollen so weit wie möglich in einen naturnahen Zustand zurückgeführt werden.

Vierter Abschnitt Schutz, Pflege und Entwicklung bestimmter Teile von Natur und Landschaft

§ 16 Naturparks

- (1) Naturparks sind durch Rechtsverordnung bestimmte, abgegrenzte großräumige Landschaften oder zusammenhängende Landschaftsteile, die
 1. sich durch Vielfalt, Eigenart oder Schönheit von Natur und Landschaft auszeichnen und
 2. als ökologische Ausgleichsräume für naheliegende Verdichtungsräume zu entwickeln und zu pflegen sind sowie nach den Zielen der Raumordnung und Landesplanung der naturbezogenen, naturverträglichen Erholung größerer Bevölkerungsteile dienen sollen.
- (2) Die Kernzonen der Naturparks sollen als Landschaftsschutzgebiet oder Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Die ihnen zugrunde liegenden Rechtsverordnungen bleiben unberührt.
- (3) In der Rechtsverordnung sind
 1. der Schutzgegenstand und der Schutzzweck zu bezeichnen,
 2. die Rechtsgrundlagen für die erforderlichen Schutz-, Pflege- oder Entwicklungsmaßnahmen zu schaffen und
 3. die zur Erreichung des Zwecks notwendigen Gebote und Verbote zu bestimmen.
- (4) Die Rechtsverordnung wird von der obersten Naturschutzbehörde im Einvernehmen mit der obersten Forstbehörde erlassen.

§ 17 Naturschutzgebiete

- (1) Naturschutzgebiete sind durch Rechtsverordnung bestimmte, abgegrenzte Landschaftsräume oder Teile von diesen, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen
 1. zur Erhaltung oder Entwicklung bestimmter Pflanzen- und Tiergesellschaften (Biozönos) und ihrer Lebensräume (Biotope),
 2. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder
 3. wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit erforderlich ist.
- (2) Die Rechtsverordnung wird von der obersten Naturschutzbehörde erlassen. § 16 Abs. 3 gilt entsprechend.
- (3) In einem Naturschutzgebiet sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, nach Maßgabe näherer Regelung durch die Rechtsverordnung nach Absatz 1 verboten.

§ 18 Landschaftsschutzgebiete

- (1) Landschaftsschutzgebiete sind durch Rechtsverordnung bestimmte, abgegrenzte Landschaftsräume oder Teile von diesen, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft

1. zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter,
2. wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder
3. wegen ihrer besonderen Bedeutung für die naturbezogene, naturverträgliche Erholung

erforderlich ist.

(2) Die Rechtsverordnung wird von der unteren Naturschutzbehörde mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde erlassen. § 16 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) In einem Landschaftsschutzgebiet sind unter besonderer Beachtung des § 1 Abs. 3 und nach Maßgabe näherer Regelung durch die Rechtsverordnung nach Absatz 1 alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

§ 19 Geschützte Landschaftsbestandteile

(1) Geschützte Landschaftsbestandteile sind durch Rechtsverordnung bezeichnete Teile von Natur und Landschaft (z. B. Wasserläufe, Quellbereiche, Tümpel, Moore, Bäume, Hecken, Feldgehölze, Raine und andere Kleinstlebensräume), deren Schutz und Pflege

1. zur Sicherung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere durch die Erhaltung oder Entwicklung von Lebensraumverbundsystemen,
 2. zur Belebung, Gliederung oder Pflege des Orts- und Landschaftsbildes oder
 3. zur Abwehr schädlicher Einwirkungen auf die Naturgüter
- erforderlich sind.

Der Schutz kann sich auf die Gesamtheit von bestimmten Landschaftsbestandteilen innerhalb des Landes oder auf festzulegende Teilgebiete erstrecken.

(2) Die Rechtsverordnung wird von der unteren Naturschutzbehörde mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde erlassen. § 16 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Die Beseitigung des geschützten Landschaftsbestandteils sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des geschützten Landschaftsbestandteiles führen können, sind nach Maßgabe näherer Regelung durch die Rechtsverordnung nach Absatz 1 verboten.

In der Rechtsverordnung können die Verursacher zu angemessenen und zumutbaren Wiederherstellungsmaßnahmen oder Ersatzpflanzungen für den Fall der Beeinträchtigung oder Bestandsminderung verpflichtet werden.

(4) Die Gemeinden können unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 den Schutz und, in besonders begründeten Fällen, die Entwicklung von Landschaftsteilen durch Satzung regeln. Absatz 3 und § 16 Absatz 3 gelten entsprechend. Die Satzung wird nach Anhörung der unteren Naturschutzbehörde durch die oberste Naturschutzbehörde genehmigt.

§ 20 Naturdenkmäler

(1) Naturdenkmäler sind durch Rechtsverordnung festgesetzte Einzelobjekte der Natur, deren Schutz und Erhaltung

1. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder

2. wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit erforderlich ist. Die Festsetzung hat auch die für den Schutz des Naturdenkmales notwendige Umgebung einzubeziehen.

(2) Die Rechtsverordnung wird von der unteren Naturschutzbehörde mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde erlassen. § 16 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Die Beseitigung eines Naturdenkmales sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung oder nachhaltigen Störung eines Naturdenkmales oder seiner geschützten Umgebung führen können, sind nach Maßgabe näherer Regelung durch die Rechtsverordnung nach Absatz 1 verboten.

(4) Die Gemeinden können unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 den Schutz von Naturdenkmälern durch Satzung regeln. Absatz 3 und § 16 Abs. 3 gelten entsprechend. Die Satzung wird nach Anhörung der unteren Naturschutzbehörde durch die oberste Naturschutzbehörde genehmigt.

§ 21 Einstweilige Sicherstellung

Bis zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach den §§ 16 bis 20 kann die für den Erlaß der Rechtsverordnung zuständige Naturschutzbehörde zur einstweiligen Sicherstellung der zu schützenden Gebiete und Landschaftsteile Eingriffe in Natur und Landschaft auf die Dauer von einem Jahr durch Rechtsverordnung untersagen, wenn zu befürchten ist, daß durch diese Eingriffe der Zweck der beabsichtigten Maßnahmen beeinträchtigt würde. Eine Verlängerung um ein weiteres Jahr ist möglich, wenn besondere Umstände es erfordern. Soweit die untere Naturschutzbehörde zuständig ist, ist für die Verlängerung die Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde erforderlich,

§ 22 Kennzeichnung und Schutz der Kennzeichnung und Bezeichnung

(1) Naturparks, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile und Naturdenkmäler sollen gekennzeichnet werden. Sie werden bei den unteren Naturschutzbehörden in ein amtliches Listenblatt eingetragen, das archivmäßig aufzubewahren ist. Das Listenblatt ist in angemessenen Zeitabständen zu veröffentlichen.

(2) Die Bezeichnungen „Naturpark“, „Naturschutzgebiet“, „Landschaftsschutzgebiet“, „geschützter Landschaftsbestandteil“ und „Naturdenkmal“ sowie die nach Absatz 1 bestimmte Kennzeichnung dürfen nur für die nach diesem Abschnitt geschützten Gebiete und Gegenstände verwendet werden. Bezeichnungen und Kennzeichnungen, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind, dürfen nicht benutzt werden.

(3) Die Bezeichnungen „Vogelwarte“, „Vogelschutzwarte“, „Vogelschutzstation“, „Zoo“, „Zoologischer Garten“, „Tiergarten“, „Tierpark“ oder Bezeichnungen, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind, dürfen nur mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde geführt werden.

Fünfter Abschnitt Schutz und Pflege von Pflanzen und Tieren

§ 23 Artenschutz

Zur Vorbereitung, Durchführung und Überwachung von Maßnahmen die dem Schutz und der Pflege der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten in ihrer natürlichen und

historisch gewachsenen Vielfalt (Artenschutz) dienen, werden von der obersten Naturschutzbehörde .

1. die im Landesgebiet vorkommenden wildlebenden Tier- und Pflanzenarten sowie ihre wesentlichen Lebensräume und Lebensgemeinschaften erfaßt,
2. die im Landesgebiet verdrängten oder in ihrem Bestand gefährdeten Arten und Lebensgemeinschaften unter Darstellung der wesentlichen Ursachen ihrer Verdrängung bzw. Gefährdung gekennzeichnet (Rote Listen) und
3. Richtlinien, Vorschläge und Hinweise für die Ansiedlung verdrängter Arten und zur Pflege und Überwachung der Bestandsentwicklung gefährdeter Arten erarbeitet.

§ 24 Allgemeiner Schutz der Pflanzen und Tiere

(1) Es ist verboten,

1. ohne vernünftigen Grund wildwachsende Pflanzen zu entnehmen oder zu nutzen oder ihre Bestände niederzuschlagen oder auf sonstige Weise zu verwüsten.

Zulässig bleibt, soweit die Arten nicht besonders geschützt sind, das Sammeln von Kräutern, Pilzen und Wildfrüchten zum eigenen Verbrauch sowie die Entnahme von Blumen, Gräsern, Farnkräutern und Zweigen bis zum Umfang eines Handstraußes, wenn dadurch der Bestand am Ort der Entnahme nicht gefährdet wird,

2. wildlebende Tiere ohne vernünftigen Grund zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen oder zu töten,
3. gebietsfremde Tiere auszusetzen oder in der freien Natur anzusiedeln,
4. ohne vernünftigen Grund Lebensstätten wildlebender Tier- und Pflanzenarten zu beeinträchtigen oder zu zerstören.

(2) Die Ansiedlung gebietsfremder Pflanzen in der freien Landschaft bedarf der Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Gefahr einer Verfälschung der für das Gebiet charakteristischen Pflanzenwelt oder eine Gefährdung des Bestandes oder der Verbreitung gebietstypischer Pflanzenarten oder von Populationen solcher Arten nicht auszuschließen ist.

(3) Das Abbrennen von Wiesen, Feldrainen, Hecken und Gehölzen, Röhrichten, Schilfbeständen, Stoppelfeldern, Brach- und Ödland ist ganzjährig verboten.

(4) In der Zeit vom 15. Februar bis 30. September ist es in der freien Landschaft verboten,

1. Feldraine, Feuchtgebiete, Brach- und Ödland zu zerstören, auf sonstige Weise zu schädigen oder zu beseitigen,
2. Bäume, Hecken und sonstige Gehölze zu fällen, zu roden, ab- oder zurückzuschneiden, zu verbrennen oder auf sonstige Weise zu beseitigen; dies gilt nicht für den Schnitt von Obstgehölzen, Beerensträuchern sowie Gehölzen im Gartenbau,
3. Bäume mit Horsten und Bruthöhlen sowie deren Standorte zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen oder zu besteigen.

Im übrigen gilt § 10.

(5) Absatz 4 gilt nicht für planfestgestellte oder plangenehmigte Maßnahmen. Vom Verbot des Absatzes 4 sind ferner ausgenommen behördlich angeordnete oder zugelassene Maßnahmen, die im öffentlichen Interesse nicht zu anderer Zeit oder auf andere Weise mit dem gleichen Ergebnis durchgeführt werden können sowie für Maßnahmen, die im Einzelfall nach Art und Umfang die Ziele des Artenschutzes nicht beeinträchtigen. Die untere Naturschutzbehörde kann im Einzelfall oder für eine Anzahl gleichgelagerter Fälle Ausnahmen von Absatz 4 zulassen.

§ 25 Schutz bestimmter Biotope

(1) Maßnahmen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung von schutzwürdigen Biotopen führen können, sind unzulässig. Die oberste Naturschutzbehörde kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen, soweit dies aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist. Der Verursacher der Maßnahme ist zu Ausgleichs- oder zu Ersatzmaßnahmen oder zur Entrichtung einer Ausgleichsabgabe zu verpflichten. § 11 Abs. 4 bis 6 gilt entsprechend.

(2) Zu den schutzwürdigen Biotopen zählen folgende Lebensräume:

1. Moore, Sümpfe (Kalkflachmoor-Streuwiesen, Großseggenriede, Braunseggen-sümpfe, Kleinseggenriede, Pfeifengraswiesen, Waldsimsenfluren, mesotrophe Mädesüß-Hochstaudenfluren), Röhrichte, seggen- und binsenreiche Naßwiesen, Quellbereiche, naturnahe Bach- und Flußabschnitte, Verlandungsbereiche stehender Gewässer, Salzwiesen des Binnenlandes,
2. offene natürliche Block- und Geröllhalden, Besenheidefluren, Borstengrasrasen, Trocken- und Halbtrockenrasen, Wälder und Gebüsche trockenwarmer Standorte (Blockkrüppelwald, primärer Sandkiefernwald, Felsenbirnengebüsch, wärmeliebende Wälder und Gebüsche trockenwarmer Standorte auf Kalk und Vulkanit), Binnendünen,
3. Bruch-, Sumpf-, Au- und Schluchtwälder,
4. Kryptogamen- und Farnfluren auf primär offenen Felsbildungen Felsheiden-, Felskopf- und Felsspaltengesellschaften auf sekundär entstandenen Aufschlüssen.

(3) Die oberste Naturschutzbehörde führt eine landesweite Liste der Biotope (Biotopliste), die die schutzwürdigen Biotope im Sinne des Absatzes 2 erfaßt. Die Ausweisung besonders schutzwürdiger Flächen hat auf der Grundlage der Biotopliste zu erfolgen. Eine ständige Fortschreibung der Biotopliste ist sicherzustellen.

(4) Die Biotopliste ist öffentlich bekanntzumachen. Die in der Biotopliste verzeichneten Biotope sollen von den Gemeinden in den Bauleitplänen kenntlich gemacht werden.

§ 26 Besondere Schutzvorschriften

(1) Die oberste Naturschutzbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. für Lebens- und Zufluchtsstätten der besonders geschützten oder im Saarland gefährdeten Arten befristet besondere Schutzmaßnahmen anzuordnen sowie die Durchführung bestimmter Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen vorzuschreiben,
2. bestimmte Handlungen zu untersagen, welche die Bestände besonders geschützter oder im Saarland gefährdeter Pflanzen oder Tiere verringern könnten.

(2) Die unteren Naturschutzbehörden können Einzelanordnungen in sinngemäßer Anwendung des Absatzes 1 treffen, wenn diese für den Schutz einer bestimmten Lebens- oder Zufluchtsstätte oder eines Bestandes ausreichen.

(3) Der Geltungsbereich der Rechtsverordnung nach Absatz 1 Nr. 1 soll örtlich kenntlich gemacht werden; die oberste Naturschutzbehörde bestimmt die Art der Kennzeichnung.

§ 27 Tiergehege ⁴⁾

(1) Die Errichtung, Änderung und der Betrieb von Tiergehegen bedürfen der Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde. Die Genehmigung erfolgt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die untere Jagdbehörde ist vor der Entscheidung zu hören. Tiergehege im Sinne dieses Gesetzes sind eingefriedete Grundflächen, auf denen Tiere wildlebender Arten dauernd oder zeitweilig im Freien gehalten werden. Als Tiergehege gelten auch ortsfeste Anlagen zur Haltung von Greifvögeln und Eulen.

(2) Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn

1. durch die Anlage und den Betrieb des Geheges weder der Naturhaushalt, das Landschaftsbild noch die Erholung in der freien Landschaft beeinträchtigt werden,
2. die Lage, Größe, Gestaltung und die inneren Einrichtungen des Geheges sowie die Ernährung, Pflege und die Betreuung der Tiere den tierschutzrechtlichen Anforderungen genügen und
3. andere öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

(3) Die Genehmigung ist zu befristen; sie ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht mehr vorliegen.

(4) Die oberste Naturschutzbehörde kann bei Gehegen, die nachweislich bereits zum 1. April 1997 bestanden, Maßnahmen anordnen, die zur Erfüllung der in Absatz 2 genannten Anforderungen erforderlich sind. Die Beseitigung eines Geheges kann angeordnet werden, soweit nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände hergestellt werden können. Die jeweiligen Entscheidungen erfolgen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales.

(5) Zusammen mit der Genehmigung soll die oberste Naturschutzbehörde über das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 4 Nr. 20 Buchst. a des Umsatzsteuergesetzes entscheiden.

(6) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht

1. für zoologische Gärten und vergleichbare Einrichtungen, die unter wissenschaftlicher Leitung stehen und
2. für Anlagen zur Haltung von Greifvögeln zum Zwecke der Beizjagd.

Sechster Abschnitt Organisation, Zuständigkeiten, Verfahren

§ 28 Naturschutzbehörden

(1) Oberste Naturschutzbehörde ist der Minister für Umwelt. Untere Naturschutzbehörden sind

4) Vgl. RiLi vom 18. Oktober 1983 (GMBl. 1984 S. 29).

die Landkreise, der Stadtverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken und die kreisfreien Städte.

Technische Fachbehörde ist das Landesamt für Umweltschutz.

(2) Soweit in diesem Gesetz keine andere Regelung getroffen ist, bestimmt die Landesregierung die zuständige Behörde durch Rechtsverordnung ⁵⁾. Die oberste Naturschutzbehörde wird ermächtigt, ihr nach diesem Gesetz obliegende Aufgaben durch Rechtsverordnung auf das Landesamt für Umweltschutz zu übertragen.

(3) Ist für den Erlass einer Rechtsverordnung nach diesem Gesetz die Zuständigkeit mehrerer unterer Naturschutzbehörden gegeben, so wird die Rechtsverordnung von der obersten Naturschutzbehörde erlassen.

(4) Die unteren Naturschutzbehörden sind befugt, die notwendigen Anordnungen zu treffen und durchzusetzen, um einen nach diesem Gesetz oder einer auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnung rechtswidrigen Zustand zu verhindern oder zu beseitigen. Im Rahmen des § 12 Abs. 7 Satz 2 haben sie die gleichen Befugnisse wie die Bauaufsichtsbehörden.

§ 29 Beauftragte für Naturschutz

(1) Die Landesregierung beruft auf Vorschlag der obersten Naturschutzbehörde den Landesbeauftragten für Naturschutz; der Vorschlag erfolgt im Benehmen mit dem Landesbeirat für Naturschutz. Der Landesbeauftragte für Naturschutz legt der Landesregierung nach der Hälfte seiner Amtszeit einen Zwischenbericht über seine Tätigkeit und zum Ende seiner Amtszeit einen Abschlußbericht vor.

(2) Die oberste Naturschutzbehörde beruft auf Vorschlag der Landkreise, des Stadtverbandes Saarbrücken und der Landeshauptstadt Saarbrücken für deren Gebiet jeweils einen oder mehrere Beauftragte für Naturschutz. Die Vorschlagsliste soll so viele Namen umfassen, daß eine Auswahl möglich ist.

(3) Zur Unterstützung der Naturschutzbehörden und der Städte und Gemeinden bei ihren Aufgaben im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege bestellt die untere Naturschutzbehörde auf Vorschlag der Gemeinden geeignete Personen auf Gemeindeebene als Beauftragte für Naturschutz (Naturschutzdienst). Für jeden Gemeindebezirk kann ein Beauftragter für Naturschutz berufen werden. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Die Naturschutzbeauftragten sind im Rahmen ihres Aufgabenbereiches auf ihr Verlangen von den zuständigen Behörden zu hören.

(5) Die Tätigkeit der Beauftragten für Naturschutz ist ehrenamtlich. Sie haben Anspruch auf Kostenersatz, freie Aus- und Fortbildung sowie auf Ausstattung mit Arbeitsmitteln für die Tätigkeit im Rahmen dieses Gesetzes. Der Kostenersatz kann pauschaliert werden.

(6) Die Beauftragten für Naturschutz müssen bei Ausübung ihres Amtes den von der unteren Naturschutzbehörde ausgestellten Dienstausweis mit sich führen und ihn auf Verlangen vorzeigen. Des weiteren müssen sie ein von der obersten Naturschutzbehörde vorgeschriebenes Dienstabzeichen ⁶⁾ sichtbar tragen.

5) Vgl. BS-Nr. 791-14-1.

6) Vgl. Bek. vom 29. April 1981 (GMBI. S. 210).

(7) Die Vorschriften des Gesetzes über Feld- und Forstschutz für das Saarland ⁷⁾ und des Saarländischen Jagdgesetzes ⁸⁾ bleiben unberührt.

(8) Das Nähere über Aufbau und Organisation des Beauftragtenwesens sowie über die Rechte, Pflichten und Amtsdauer der Beauftragten für Naturschutz und ihre Aufgaben im einzelnen wird durch Rechtsverordnung ⁹⁾ der obersten Naturschutzbehörde geregelt.

§ 30 Beiräte für Naturschutz

(1) Bei den Naturschutzbehörden werden zu deren Beratung und zur Förderung des allgemeinen Verständnisses für den Gedanken des Naturschutzes und der Landschaftspflege unabhängige Beiräte für Naturschutz gebildet.

(2) In den Beirat werden insbesondere Sachverständige für Naturschutz und Landschaftspflege sowie Personen berufen, die auf Grund ihrer beruflichen oder sonstigen Erfahrung mit Naturschutz und Landschaftspflege befaßt sind. Außerdem sind Vertreter der von Naturschutz und Landschaftspflege betroffenen Wirtschaftsbereiche in den Beirat zu berufen.

(3) Die Tätigkeit der Beiratsmitglieder ist ehrenamtlich. Ihre Gesamtzahl soll 14 nicht übersteigen. Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden.

(4) Den Mitgliedern der Beiräte für Naturschutz ist eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder von Kommissionen und Ausschüssen vom 5. Dezember 1962 ¹⁰⁾ in der jeweils geltenden Fassung für die Teilnahme an den Sitzungen des Beirates zu gewähren.

(5) Die oberste Naturschutzbehörde regelt durch Rechtsverordnung ⁹⁾ das Nähere über die Zusammensetzung der Beiräte, die Zahl, die Berufung und die Amtsdauer der Beiratsmitglieder.

§ 31 Förmliches Verfahren vor Erlass von Rechtsverordnungen

(1) In den Fällen der §§ 16 bis 20 ist die Abgrenzung der geschützten Gebiete oder Landschaftsbestandteile in der Rechtsverordnung zu beschreiben und in Karten darzustellen, die Bestandteil der Rechtsverordnung sind. Lassen sich die Grenzen des Schutzgebietes oder des Landschaftsbestandteiles nicht hinreichend deutlich in der Rechtsverordnung und den zu ihr gehörenden Karten beschreiben oder darstellen, so muß zusätzlich auf eine Karte verwiesen werden, in der die Grenzen eingezeichnet sind. Diese Karte wird bei der in der Rechtsverordnung bestimmten Naturschutzbehörde archivmäßig verwahrt und kann dort während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

(2) In den Fällen der §§ 16 bis 20 sind der Entwurf und die dazu gehörenden Karten in den Gemeinden, in deren Gebiet sich das Vorhaben auswirkt, einen Monat zur Einsicht öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Auslegung sind mindestens eine Woche vorher öffentlich bekanntzumachen; dabei ist darauf hinzuweisen, daß jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, während der Auslegungs-

7) FFSchG vgl. BS-Nr. 453-3.

8) SJG vgl. BS-Nr. 792-1.

9) Vgl. BS-Nr. 791-14-3.

10) Gesetz vgl. BS-Nr. 204-1.

frist bei der unteren Naturschutzbehörde oder der Gemeinde Anregungen oder Einwendungen schriftlich oder zur Niederschrift vorbringen kann.

- (3) Die zuständige Naturschutzbehörde prüft die fristgerecht vorgebrachten Anregungen und Einwendungen und teilt das Ergebnis den Betroffenen mit.
- (4) Vor Erlass einer Rechtsverordnung im Sinne der §§ 16 bis 20 sind die Behörden und Stellen zu beteiligen, die Träger öffentlicher Belange sind.
- (5) Für den Erlass von Satzungen nach § 19 Abs. 4 oder § 20 Abs. 4 gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

§ 32 Mitteilungs- und Zustellungsverfahren

In Verfahren; in denen Naturschutzverbände nach § 29 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes beteiligt waren, teilt die Behörde den Verbänden die Entscheidung in den Fällen des § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder 2 mit. Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 oder 4 des Bundesnaturschutzgesetzes stellt sie den beteiligten Verbänden mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu.

§ 33 Rechtsbehelfe von Verbänden

- (1) Ein nach § 29 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannter Verband ¹¹⁾ kann, ohne eine Verletzung in eigenen Rechten darlegen zu müssen, Rechtsbehelfe gegen einen Verwaltungsakt, seine Ablehnung oder Unterlassung nach Maßgabe der Verwaltungsgerichtsordnung einlegen, wenn er geltend macht, daß der Verwaltungsakt, seine Ablehnung oder Unterlassung den Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes, dieses Gesetzes, den aufgrund dieser Gesetze erlassenen oder fortgeltenden Rechtsvorschriften oder anderen Rechtsvorschriften widerspricht, die auch den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu dienen bestimmt sind.
- (2) Rechtsbehelfe nach Absatz 1 sind nur zulässig, wenn der Verband
 1. zur Mitwirkung nach § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 des Bundesnaturschutzgesetzes berechtigt war,
 2. durch den Verwaltungsakt, seine Ablehnung oder Unterlassung in seinem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt wird,
 3. sich im Falle des Erlasses eines Verwaltungsaktes in der Sache geäußert hat oder ihm keine Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist, und
 4. Erlass, Ablehnung oder Unterlassung des Verwaltungsaktes nicht aufgrund einer Entscheidung in einem verwaltungsgerichtlichen Streitverfahren erfolgt ist.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn zu Unrecht anstelle der in § 29 Abs., 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 des Bundesnaturschutzgesetzes genannten Verwaltungsakte andere Verwaltungsakte gesetzt worden sind, für die das Gesetz eine Mitwirkung der anerkannten Verbände nicht vorsieht.

11) Vgl. Bek. vom 19. März 1981 (GMBl. S. 147).

Siebenter Abschnitt Anwendung des Gesetzes in besonderen Fällen. Befreiungen, besondere Verpflichtungen der Eigentümer und sonstigen Nutzungsberechtigten

§ 34 Anwendung des Gesetzes in besonderen Fällen, Befreiungen

(1) Durch Naturschutz und Landschaftspflege dürfen Flächen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes ausschließlich oder überwiegend Zwecken

1. der Landesverteidigung, einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung,
2. des Bundesgrenzschutzes,
3. des öffentlichen Verkehrs als wichtige öffentliche Verkehrswege,
4. der See- oder Binnenschifffahrt,
5. der Versorgung, einschließlich der hierfür als schutzbedürftig erklärten Gebiete, und der Entsorgung,
6. des Schutzes vor Hochwasser oder
7. der Fernmeldeversorgung durch die *Deutsche Bundespost* dienen oder die in einem verbindlichen Plan für die genannten Zwecke ausgewiesen sind, in ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung nicht beeinträchtigt werden.

(2) Von den Verboten und Geboten dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen kann von der Naturschutzbehörde auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn

1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall
 - a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist oder
 - b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder
2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

Satz 1 gilt entsprechend für die Verbote des Artikels 6 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3626/82 ¹²⁾, sofern zusätzlich einer der dort für die Zulassung von Ausnahmen genannten Gründe vorliegt und für die Verordnungen, die auf Grund des Reichsnaturschutzgesetzes erlassen worden sind, soweit sie gemäß § 41 weitergelten.

(3) Die Befreiung wird

1. im Falle der Ein- oder Ausfuhr von dem nach § 21 c Bundesnaturschutzgesetz jeweils zuständigen Bundesamt,
2. im übrigen von der zuständigen Naturschutzbehörde gewährt.

§ 35 Duldungspflicht, Untersuchungen auf Grundstücken

(1) Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Grundstücken sind verpflichtet, Maßnahmen nach diesem Gesetz oder nach den auf Grund dieses Gesetzes erlasse-

12) Verordnung (EWG) Nr. 3626/82 des Rates zur Anwendung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in der Gemeinschaft vom 3. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 384 S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung Nr. 558/95 vom 10. März 1995 (ABl. Nr. L 57 S. 1).

nen Rechtsverordnungen zu dulden. Sie haben insbesondere zu dulden, daß Beauftragte der Naturschutzbehörde im Rahmen der nach diesen Rechtsvorschriften zu treffenden Maßnahmen Grundstücke betreten, um Vermessungen, Boden- und Grundwasseruntersuchungen sowie ähnliche Arbeiten auszuführen. Das Betreten kann gegen den Willen der Berechtigten (Satz 1) durch die oberste Naturschutzbehörde angeordnet werden.

(2) Eigentümer und Nutzungsberechtigte sind vor dem Betreten der Grundstücke zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung kann auch durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen, wenn die Arbeiten nach Absatz 1 wegen der Besonderheiten des Vorhabens auf eine Vielzahl von Grundstücken erstreckt werden müssen.

(3) Entstehen dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten durch eine nach Absatz 1 zulässige Maßnahme Vermögensnachteile, so haben der Veranlasser und der durch die Maßnahme Begünstigte als Gesamtschuldner eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten. Über Grund und Höhe der Entschädigung entscheidet die oberste Naturschutzbehörde. Für die Bemessung der Entschädigung gelten die §§ 93 bis 103 des Baugesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß. Gegen die Entscheidung der obersten Naturschutzbehörde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der ordentliche Rechtsweg zulässig.

Achter Abschnitt Vorkaufsrecht, Entschädigung

§ 36 Vorkaufsrecht

(1) Den Gemeinden stehen in ihren Gebieten Vorkaufsrechte zu beim Kauf von Grundstücken,

1. auf denen oberirdische Gewässer liegen,
2. die an oberirdische Gewässer angrenzen oder sich in deren unmittelbarer Nähe befinden,
3. die Öd- oder Unland sind,
4. auf denen Naturdenkmäler stehen,
5. die in Naturschutzgebieten liegen,
6. die für den Zugang zu den unter Nummer 1 bis 5 genannten Flächen in Anspruch genommen werden sollen,
7. die im Gebiet eines Landschaftsrahmenplanes liegen und als mit einem Vorkaufsrecht belastete Flächen ausgewiesen sind,
8. auf denen ein nach § 25 geschützter Biotop liegt.

(2) Das Vorkaufsrecht darf nur ausgeübt werden, wenn dies gegenwärtig oder zukünftig die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege oder das Bedürfnis der Allgemeinheit auf naturbezogene, naturverträgliche Erholung in der freien Landschaft rechtfertigen. Das Vorkaufsrecht ist ausgeschlossen, wenn der Eigentümer das Grundstück an seinen Ehegatten oder an eine Person veräußert, die mit ihm in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder in der Seitenlinie bis zum Dritten Grade verwandt ist.

(3) Das Vorkaufsrecht kann nur binnen zweier Monate nach Mitteilung des Kaufvertrages ausgeübt werden. Veräußerer und Erwerber haben der zuständigen Gemeinde den Inhalt des geschlossenen Vertrages unverzüglich mitzuteilen. Die §§

504 bis 509, 510 Abs. 1, §§ 512, 1098 Abs. 2, §§ 1099 bis 1102 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind anzuwenden. Das Vorkaufsrecht kann innerhalb der Frist auf das Land, die Landkreise oder den Stadtverband Saarbrücken übertragen werden. Das Vorkaufsrecht kann auch zugunsten einer juristischen Person des Privatrechts, die sich nach ihrer Satzung überwiegend dem Naturschutz und der Landschaftspflege im Saarland widmet und die Gewähr für eine sachgerechte Förderung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege bietet, ausgeübt werden, wenn die Begünstigte zustimmt. In diesem Fall kommt der Kauf mit der Begünstigten zustande. Für die Verpflichtung aus dem Kaufvertrag haftet die Gemeinde neben der Begünstigten als Gesamtschuldnerin.

(4) Das Vorkaufsrecht geht unbeschadet bundesrechtlicher Regelungen allen anderen Vorkaufsrechten im Range vor und bedarf nicht der Eintragung im Grundbuch. Bei einem Eigentumserwerb auf Grund der Ausübung des Vorkaufsrechts erlöschen rechtsgeschäftliche Vorkaufsrechte. § 28 des Baugesetzbuches findet sinngemäß Anwendung.

§ 37 Entschädigung

(1) Hat eine Behörde auf Grund dieses Gesetzes eine Maßnahme getroffen, die eine Enteignung darstellt, oder einer solchen gleichkommt, insbesondere weil sie eine wesentliche Nutzungsbeschränkung darstellt oder in einen bestehenden Gewerbebetrieb eingreift, so ist dem Eigentümer oder dem sonstigen Nutzungsberechtigten eine angemessene Entschädigung zu leisten.

(2) Für die Bemessung der Entschädigung gelten die §§ 93 bis 103 des Baugesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß.

(3) Der Grundstückseigentümer kann verlangen, daß der Entschädigungspflichtige das Grundstück übernimmt, soweit es ihm infolge der enteignenden Maßnahme wirtschaftlich nicht mehr zumutbar ist, das Grundstück zu behalten oder es in der bisherigen oder in einer anderen zulässigen Art zu nutzen. Die Vorschriften über die Enteignung finden mit der Maßgabe Anwendung, daß kein Antrag des Enteignungsberechtigten erforderlich ist. In diesem Verfahren kann das Grundstück auch einem Dritten übertragen werden, der sich in geeigneter Weise den unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes und der Landschaftspflege erforderlichen Auflagen und Bedingungen unterwirft.

(4) Über die Entschädigung nach Absatz 2 und die Entziehung des Eigentums nach Absatz 3 entscheidet das Ministerium für *Wirtschaft*¹³⁾ als Enteignungsbehörde. Die Entscheidung der Enteignungsbehörde kann nur durch Antrag auf gerichtliche Entscheidung angefochten werden. Über den Antrag entscheidet das Landgericht, Kammer für Baulandsachen.

Neunter Abschnitt Bußgeldbestimmungen

§ 38 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer Anordnung zuwiderhandelt, die auf Grund dieses Gesetzes oder einer zu diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnung ergangen ist,

13) Jetzt: „Ministerium für Umwelt“ gem. Nr. 8.18 der Bek. vom 29.09.1999, Amtsbl. S.1427.

2. Auflagen, die mit einer auf diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnung oder dem Bundesnaturschutzgesetz beruhenden Zulassung, Genehmigung oder Befreiung verbunden sind, nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erfüllt,
3. entgegen § 4 Abs. 1 Satz 4 die Flur betritt oder einer nach § 4 Abs. 1 Satz 5 dazu ergangenen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
4. entgegen § 5 Abs. 2 ein Vorhaben oder eine Einrichtung ohne die erforderliche Genehmigung durchführt oder erstellt,
5. entgegen einer Untersagung nach § 11 Abs. 2 einen Eingriff in Natur und Landschaft vornimmt,
6. entgegen § 12 Abs. 1 und Abs. 3 einen Eingriff in Natur und Landschaft ohne die erforderliche Zulassung oder Genehmigung vornimmt,
7. entgegen § 12 Abs. 3 Satz 3 der Aufforderung zum Einreichen eines Antrages nicht nachkommt,
8. entgegen einer Untersagung nach § 12 Abs. 7 einen Eingriff in Natur und Landschaft fortsetzt,
9. den Vorschriften einer aufgrund der §§ 16 bis 21 erlassenen Rechtsverordnung oder einer nach § 19 Abs. 4 oder § 20 Abs. 4 erlassenen Satzung zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
10. entgegen § 22 geschützte Bezeichnungen oder amtliche Kennzeichen verwendet,
11. entgegen § 24 Abs. 1 Nr. 1 wildwachsende Pflanzen entnimmt oder nutzt oder ihre Bestände niederschlägt oder auf sonstige Weise verwüstet,
12. entgegen § 24 Abs. 1 Nr. 2 wildlebende Tiere ohne vernünftigen Grund beunruhigt, fängt, verletzt oder tötet,
13. entgegen § 24 Abs. 1 Nr. 3 gebietsfremde Tiere aussetzt oder in der freien Natur ansiedelt,
14. entgegen § 24 Abs. 1 Nr. 4 ohne vernünftigen Grund Lebensstätten wildlebender Tier- und Pflanzenarten beeinträchtigt oder zerstört,
15. entgegen § 24 Abs. 3 Wiesen, Feldraine, Hecken und Gehölze, Röhrichte, Schilfbestände, Stoppelfelder, Brach- oder Ödland abbrennt,
16. entgegen § 24 Abs. 4 Nr. 1 Feldraine, Feuchtgebiete, Brach- und Ödland zerstört, auf sonstige Weise schädigt oder beseitigt, 17. entgegen § 24 Abs. 4 Nr. 2 Bäume, Hecken und sonstige
17. Gehölze fällt, rodet, ab- und zurückschneidet, verbrennt oder auf sonstige Weise beseitigt,
18. entgegen § 25 Maßnahmen durchführt, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung der nach dieser Vorschrift geschützten Biotope führen können,
19. den Vorschriften einer auf Grund des § 26 Abs. 1 erlassenen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,

20. entgegen § 27 Abs. 1 Tiergehege ohne Genehmigung der Naturschutzbehörde errichtet, erweitert oder betreibt,
 21. entgegen § 35 Abs. 1 als Eigentümer oder Nutzungsberechtigter eines Grundstückes das Betreten oder die Untersuchungen nicht duldet,
 22. den Vorschriften einer nach § 41 weitergeltenden Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Zuwiderhandlung auf Grund der bisher geltenden Vorschriften mit Strafe oder Bußgeld geahndet werden konnte.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße ¹⁴⁾ bis zu 20 000 DM, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2, 5, 6, 8, 9, 19, 20 und 22 bis zu 100 000 DM geahndet werden.
- (3) Zuständige Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die Landkreise, der Stadtverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken und die kreisfreien Städte.

§ 39 Einziehungen

Ist eine Ordnungswidrigkeit nach diesem Gesetz begangen worden, so können Gegenstände, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht und die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht werden oder bestimmt gewesen sind, eingezogen werden. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.

Zehnter Abschnitt Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 40 Grundrechtseinschränkung

Die Grundrechte der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG, Art. 16 SVerf) und des Eigentums (Art. 14 GG, Art. 18 SVerf) werden durch dieses Gesetz eingeschränkt.

§ 41 Aufhebung und Fortgeltung von Rechtsvorschriften

Die auf Grund der bisher geltenden naturschutzrechtlichen Bestimmungen erlassenen Verordnungen und Anordnungen im Sinne des Vierten Abschnittes dieses Gesetzes bleiben bis zu ihrer ausdrücklichen Aufhebung oder bis zum Ablauf ihrer Geltungsdauer in Kraft. Für die Aufhebung gelten die Zuständigkeitsvorschriften des Sechsten Abschnittes entsprechend. Verfahren zum Erlaß von Rechtsverordnungen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits eingeleitet worden sind, sind nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes fortzuführen.

§ 42 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

14) Vgl. auch Bußgeldkatalog (Abschn.: Naturschutz) vom 1. Dezember 1992 (GMBI. S. 497, ber. 1993 S. 6).

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt	Allgemeine Vorschriften	
§ 1	Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege	3
§ 2	Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege	3
§ 3	Allgemeine Verpflichtung zum Schutz der Natur	5
§ 4	Betreten der freien Landschaft	5
§ 5	Freier Zugang zu den Gewässern	6
§ 6	Bereitstellung von Grundstücken	6
Zweiter Abschnitt	Landschaftsplanung	
§ 7	Landschaftsprogramm und Landschaftsrahmenpläne	7
§ 8	Landschaftspläne	7
§ 9	Grünordnung	8
Dritter Abschnitt	Sicherung und Gestaltung der Landschaft	
§ 10	Eingriffe in Natur und Landschaft	9
§ 11	Unzulässigkeit und Ausgleich von Eingriffen	10
§ 12	Verfahren bei Eingriffen im allgemeinen	10
§ 13	Verfahren bei Eingriffen durch Behörden	12
§ 14	Verfahren bei Beteiligung von Behörden des Bundes	12
§ 15	Gewässer	12
Vierter Abschnitt	Schutz, Pflege und Entwicklung bestimmter Teile von Natur und Landschaft	
§ 16	Naturparks	13
§ 17	Naturschutzgebiete	13
§ 18	Landschaftsschutzgebiete	13
§ 19	Geschützte Landschaftsbestandteile	14
§ 20	Naturdenkmäler	14
§ 21	Einstweilige Sicherstellung	15
§ 22	Kennzeichnung und Schutz der Kennzeichnung und Bezeichnung	15
Fünfter Abschnitt	Schutz und Pflege von Pflanzen und Tieren	
§ 23	Artenschutz	15
§ 24	Allgemeiner Schutz der Pflanzen und Tiere	16
§ 25	Schutz bestimmter Biotope	17
§ 26	Besondere Schutzvorschriften	17
§ 27	Tiergehege	18
Sechster Abschnitt	Organisation, Zuständigkeiten, Verfahren	
§ 28	Naturschutzbehörden	18
§ 29	Beauftragte für Naturschutz	19
§ 30	Beiräte für Naturschutz	20
§ 31	Förmliches Verfahren vor Erlass von Rechtsverordnungen	20
§ 32	Mitteilungs- und Zustellungsverfahren	21
§ 33	Rechtsbehelfe von Verbänden	21

Siebenter Abschnitt Anwendung des Gesetzes in besonderen Fällen. Befreiungen, besondere Verpflichtungen der Eigentümer und sonstigen Nutzungsberechtigten

§ 34	Anwendung des Gesetzes in besonderen Fällen, Befreiungen	22
§ 35	Duldungspflicht, Untersuchungen auf Grundstücken	22

Achter Abschnitt Vorkaufsrecht, Entschädigung

§ 36	Vorkaufsrecht	23
§ 37	Entschädigung	24

Neunter Abschnitt Bußgeldbestimmungen

§ 38	Ordnungswidrigkeiten	24
§ 39	Einziehungen	26

Zehnter Abschnitt Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 40	Grundrechtseinschränkung	26
§ 41	Aufhebung und Fortgeltung von Rechtsvorschriften	26
§ 42	Inkrafttreten	26